

## Am Rande des Krieges

Der Südsudan will mit Hilfe des Westens Ölregion in Besitz nehmen



Offiziere der südsudanesischen Truppen in ihrem Unterstand nach der Eroberung der Ölregion Heglig

Der mit westlicher Hilfe von Sudan abgespaltene Südsudan provoziert einen neuen Krieg. Das Regime im südsudanesischen Juba hat seine Truppen vor einigen Tagen ein Erdölfeld besetzen lassen, das der Internationale Gerichtshof in Den Haag schon vor Jahren Khartum zugesprochen hat. Khartum schlägt jetzt zurück und sucht die Kontrolle über das Erdölfeld wiederzugewinnen; die Kämpfe drohen zu einem umfassenden Krieg zu eskalieren.

In den letzten Tagen sind die militärischen Auseinandersetzungen zwischen Sudan und Südsudan eskaliert. Die Lage war schon vor der offiziellen Sezession des Südsudan aufs Äußerste gespannt; Ursache ist, daß die staatliche Zugehörigkeit diverser Gebiete entlang der neuen Grenze bis heute umstritten ist. Bereits kurz nach der Abspaltung des Südsudan mußte die UNO beispielsweise gut 4.000 Soldaten in der Region Abyei stationieren, weil Khartum und Juba zu keiner Einigung über sie fanden. Hinzu kommt, daß auch innerhalb Südsudans zahlreiche Milizen und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen sich blutig bekämpfen. Die jüngste Eskalation hat Sudan und Südsudan nun an den Rand eines Kriegs gebracht.

### *Das Erdölfeld Heglig*

Objekt der Kämpfe ist das Erdölfeld Heglig im sudanesischen Bundesstaat Süd-Kurdufan. Dabei handelt es sich um das größte Erdölfeld des Sudan.

### Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek

Boîte postale 403  
L-4005 Esch-sur-Alzette

#### Die Redaktionsräume

3, rue Zénon Bernard  
L-4030 Esch-sur-Alzette

Tel. : 446066 - 1  
Fax. : 446066 - 66  
Email : [info@zlv.lu](mailto:info@zlv.lu)

#### Ansprechpartner Archiv

#### Kontakt

Name : \*   
Vorname :   
Straße :   
PLZ / Ort :   
E-mail : \*

(\*) *Pflichteingaben*

Es lieferte zuletzt gut die Hälfte der nationalen Fördermenge – eine Tatsache, die umso schwerer wiegt, als der Sudan bei der Spaltung des Landes im letzten Jahr bereits drei Viertel seiner Vorräte verlor, da sie sich auf dem Territorium des Südsudan befinden. Sollte Khartum auch noch die Kontrolle über Heglig verlieren, besäße es kaum mehr als ein Zehntel seiner ursprünglichen Volumens; die Überlebensfähigkeit des Staates stünde endgültig in Frage.

Genau dieses Ölfeld haben nun aber südsudanesischen Truppen vor einigen Tagen besetzt, worauf Khartum, auch wegen der besonderen Bedeutung des Feldes, mit Gegenangriffen reagiert. Dabei kann es sich auf ein Urteil des Internationalen Gerichtshofs berufen: Während die staatliche Zugehörigkeit diverser Gebiete an der Grenze zwischen Sudan und Südsudan heftig umstritten ist, hat Den Haag bereits 2009 geurteilt, daß Heglig nicht zu der umkämpften Region Abyei, sondern zu Süd-Kurdufan gehört und damit Khartum untersteht. Bei der Besetzung des Ölfeldes durch die Truppen des Südsudan handelte es sich damit eindeutig um eine kriegerische Aggression mit dem Ziel, Sudan in existenzbedrohender Weise zu schwächen.

Die Spaltung des Sudan, die 2011 die zwei jetzt kurz vor dem Krieg stehenden Staaten hervorgebracht hat, ist seit den 1990er Jahren von Deutschland gefördert worden – mit zahlreichen Maßnahmen, die von der Erstellung von Verfassungsentwürfen bis hin zu Infrastrukturmaßnahmen reichten. Ziel dieser mit den USA abgestimmten Politik war es stets, das arabisch dominierte, dem Westen nicht willfährige Khartum zu schwächen. Dieser Plan gelang letztes Jahr mit der Abspaltung Südsudan, die Khartum die Kontrolle über drei Viertel des Erdöls und über umfangreiche weitere Rohstoffe entriß.

Dennoch ist die Operation keinesfalls abgeschlossen: Zum einen verlaufen sämtliche Erdölpipelines aus Südsudan über Territorium des Sudan, der mit Durchleitungsgebühren möglichst hohe Summen abzuschöpfen sucht. Ende Januar hat Südsudan aus Protest seine Lieferungen eingestellt. Der Bau alternativer Pipelines kostet Zeit – und erfordert eine funktionierende Verwaltung. Diese ist in Juba nicht vorhanden; dasselbe gilt für so gut wie alle Formen staatlicher sowie baulicher Infrastruktur.

### *Staatsaufbau*

Den »Staatsaufbau« in Südsudan treibt Berlin schon seit Jahren voran – vor allem mit Hilfe der bundeseigenen Entwicklungsorganisation GIZ und seit 2005 auch mit offizieller Entwicklungshilfe. Während Juba einen beträchtlichen Teil seiner Mittel in das Militär investiert, das jetzt Sudan überfallen und dessen größtes Ölfeld okkupiert hat, finanziert Berlin Maßnahmen der Not- und Übergangshilfe und widmet sich schwerpunktmäßig neben dem Aufbau der Wasserversorgung vor allem der Errichtung grundlegender staatlicher Strukturen (»Verwaltungsreform«). Auch die EU unterstützt Südsudan mit umfangreichen Mitteln und hat Ende 2011 Gelder in Höhe von 80 Millionen Euro zur Förderung der Landwirtschaft zugesagt. Die Entwicklungskooperation mit dem Sudan ist wegen besonderer geostrategischer Interessen des Westens am Südsudan eingefroren.

Laut den aktuellen Plänen, die von Deutschland schon seit fast zehn Jahren vorangetrieben werden, wird Südsudan nach seiner Trennung von Sudan nun eng an die englischsprachige East African Community (EAC)

und insbesondere ihre Mitgliedstaaten Kenia und Uganda angeschlossen. Kenia hat vor kurzem mit dem Bau eines Tiefseehafens in der kleinen Küstenstadt Lamu begonnen. Dort soll ein Transportkorridor enden, der in Südsudan beginnt und eine Eisenbahnverbindung wie auch eine Erdölpipeline umfassen soll. Auf diesem Weg sollen die Rohstoffvorräte des Südsudan auf die Weltmärkte transportiert werden, ohne sudanesisches Territorium nutzen zu müssen.

Der arabische Sudan verlöre damit weiter an Bedeutung; die EAC, insbesondere Kenia und Uganda, gelten als prinzipiell prowestlich und »kontrollierbar«. Obwohl der Transportkorridor jetzt im Bau ist, läuft nicht alles rund. Ursprünglich sollte das Vorhaben zugleich mit der Entmachtung des Sudan auch China schwächen, das zuletzt eng mit Khartum zusammengearbeitet hat. Allerdings sind chinesische Unternehmen inzwischen auch in Südsudan stark präsent und werden vermutlich auch vom Bau des Korridors nach Lamu profitieren.

***german-foreign policy.com***



**Freitag 27. April 2012**

**Copyright © 2007 Zeitung vum Lëtzebuenger Völek | [Startseite](#) | [Impressum](#) |**